

## Beschluss

Für eine moderne und menschenrechtsorientierte Migrationspolitik in Deutschland und der Europäischen Union

Gremium: Länderrat  
Beschlussdatum: 17.06.2023  
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Verschiedenes

### Antragstext

1 Migration ist eine Konstante menschlicher Gesellschaften. Sie ist und war stets  
2 Triebfeder für Entwicklung und globale Zusammenarbeit, genauso Quelle von  
3 Austausch und Innovation, aber auch von Leid und Verlust. Ob sie freiwillig  
4 geschieht oder erzwungen wird, aus Furcht um das eigene Leben geschieht oder auf  
5 der Suche nach einer guten Zukunft – sie ist eine Gestaltungsaufgabe für die  
6 Politik. Sie bietet Chancen und bringt Herausforderungen mit sich. Wir stellen  
7 uns dieser Aufgabe. Wir buchstabieren aus, wie wir die Lage von Migrant\*innen  
8 und Geflüchteten verbessern und die aufnehmenden Städte und Kommunen  
9 wirkungsvoll entlasten können.

10 Aktuell sind wir in unserer unmittelbaren Nachbarschaft mit der größten  
11 Fluchtbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg konfrontiert: Der völkerrechtswidrige  
12 Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat Millionen Menschen aus ihrer Heimat  
13 vertrieben. Viele Menschen haben Zuflucht auch in Deutschland gefunden.  
14 Gleichzeitig kommen auch wieder viele Menschen aus anderen Ländern nach Europa  
15 und suchen Schutz vor Verfolgung und Krieg, die größten Gruppen aus Syrien und  
16 Afghanistan.

17 Bund, Länder und Kommunen – nicht zuletzt aber auch unzählige Freiwillige –  
18 haben in einem gemeinsamen Kraftakt geflüchtete Menschen aufgenommen und  
19 versorgt. Allen, die mit großem persönlichen Einsatz zum Gelingen dieser  
20 riesigen Herausforderung beigetragen haben, danken wir. Unsere Aufgabe ist es  
21 nun, langfristige und zuverlässige Lösungen zu finden. In vielen Städten und  
22 Kommunen ist Wohnraum knapp, Lehrkräfte und Kinderbetreuungsplätze fehlen oder  
23 die Mitarbeitenden in den Behörden sind überlastet. Wir wollen diesen  
24 Herausforderungen mit wirksamen Ansätzen begegnen. Auf eine europäische Lösung  
25 können und wollen wir dabei nicht warten. Auch bessere Bedingungen in anderen  
26 EU-Staaten tragen dazu bei, dass weniger Menschen zu uns kommen müssen. Dafür  
27 treten wir ein.

#### 28 **Entlastungen vor Ort schaffen, Integration fördern**

29 Kommunen und Städte tragen die größte Verantwortung bei der Versorgung und  
30 Unterbringung geflüchteter Menschen. Hier findet Integration konkret statt. Hier  
31 muss sichtbar werden, dass diese Aufgabe leistbar ist.

32 Wir stehen bei der Bewältigung der Aufgaben für eine faire Lastenverteilung  
33 zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Dabei ist für uns zentral, dass die  
34 Kommunen Planungssicherheit haben. Wir wollen, dass der Bund sich zuverlässig

35 und solidarisch an der Finanzierung beteiligt. Daher braucht es langfristige  
36 Finanzzusagen. Das gilt insbesondere für die Kosten der Integrationsmaßnahmen  
37 und der Unterbringung. Dabei muss sichergestellt werden, dass die Mittel auch  
38 dort ankommen, wo sie benötigt werden – nämlich vordringlich in den besonders  
39 belasteten Kommunen und Städten. Es muss dafür Sorge getragen werden, dass  
40 dauerhaft Unterbringungsplätze vorgehalten werden, um bei Bedarf handlungsfähig  
41 zu sein, denn Gründe für Flucht werden uns auch in der Zukunft dauerhaft  
42 begleiten. Kurzfristig muss der Bund den Kommunen wo möglich unter die Arme  
43 greifen, indem er Liegenschaften des Bundes zur Verfügung stellt. Dabei legen  
44 wir den Schwerpunkt auf kleinere und dezentrale Unterkünfte, in denen Teilhabe  
45 und Integration besser möglich ist. Menschen, die bereits Familienangehörige  
46 oder andere Anknüpfungspunkte haben, sollen bei ihnen oder in deren Nähe  
47 unterkommen können. Damit entlasten wir den Wohnungsmarkt und fördern die  
48 Integration von Beginn an. Der unbürokratische Umgang mit den Geflüchteten mit  
49 ukrainischer Staatsbürgerschaft hat gezeigt, wie so schnell Entlastung  
50 geschaffen werden kann. Wir unterstützen deshalb die Aufhebung der  
51 Wohnsitzauflage. Das Asylbewerberleistungsgesetz wollen wir reformieren.

52 Unser Ziel in dieser Bundesregierung ist, eine echte Integrationsoffensive in  
53 das Zentrum unseres politischen Handelns der Migrationspolitik zu stellen. Wir  
54 investieren in Teilhabe und gesellschaftlichen Zusammenhalt und stellen dadurch  
55 sicher, dass Migrant\*innen sich schnell bei uns einleben und Geflüchtete zügig  
56 Teil der Gesellschaft werden. Für einen schnellen Zugang zu Integrations- und  
57 Sprachkursen müssen diese flächendeckend angeboten werden können. Wir nehmen die  
58 besonderen Anforderungen etwa an Integrationskurse in den Blick, indem wir  
59 beispielsweise Kinderbetreuung anbieten und damit auch betreuenden Eltern die  
60 Teilnahme ermöglichen. Erst-Orientierungskurse müssen in ausreichender Zahl  
61 angeboten werden. Den wachsenden Bedarf an Schul- und Kitaplätzen zu decken, ist  
62 eine große Aufgabe für alle politischen Ebenen. Wir wollen an einer guten  
63 Ausstattung mit Lehrer\*innen und Assistenzkräften, die als Sprach- und  
64 Integrationsmittler\*innen unterstützen, arbeiten. Mit dem Kita-Qualitätsgesetz  
65 unterstützen wir seitens des Bundes die Kommunen. Einen frühzeitigen Zugang zum  
66 Gesundheitswesen wollen wir unbürokratisch gewährleisten. Solange dies noch  
67 nicht erfolgt ist, könnte zunächst an die positiven Erfahrungen einiger Länder  
68 angeknüpft werden, die eine Gesundheitskarte für Asylbewerber\*innen eingeführt  
69 haben. So entlasten wir die Behörden und stärken die medizinische sowie  
70 psychotherapeutische Versorgung. All das kostet Geld, doch dieses Geld ist gut  
71 investiert und trägt dazu bei, dass Geflüchtete kürzer auf Sozialleistungen  
72 angewiesen sind und schneller erfolgreich am Arbeitsmarkt teilhaben können.

### 73 **Moderne Strukturen für ein modernes Einwanderungsland und einen zukunftsfesten** 74 **Arbeitsmarkt**

75 Deutschland ist ein Einwanderungsland und sucht händierend nach Fach- und  
76 Arbeitskräften. Egal ob in der Industrie, der Wissenschaft, im Gesundheitswesen  
77 oder der Gastronomie, wir ermöglichen Zuwanderung gerade in diesen Branchen und  
78 stärken so unseren Wirtschaftsstandort. Viele Geflüchtete die arbeiten wollen,  
79 dürfen das nicht oder treffen auf hohe, teils unüberwindbare Integrationshürden.  
80 Das wollen wir ändern. Für die Wahrung unseres Wohlstands und die  
81 Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft, gerade auch der vielen  
82 mittelständischen Unternehmen in Deutschland, liegt hier erhebliches Potenzial,  
83 das wir heben wollen und müssen. Hinzu kommt: Ein frühzeitiger Zugang zum  
84 Arbeitsmarkt sichert Teilhabe, fördert Integration und sorgt dafür, dass

85 Geflüchtete Steuern zahlen dürfen statt auf Leistungen angewiesen zu sein.  
86 Deshalb wollen wir Arbeitsverbote aufheben. Verfahren zur Anerkennung von  
87 Berufsabschlüssen und beruflichen Erfahrungen wollen wir vereinfachen und  
88 beschleunigen, Unterstützungs- und Qualifizierungsangebote ausweiten. Den  
89 sogenannten Spurwechsel in die Arbeitsmigration wollen wir vereinfachen. Das neu  
90 eingeführte Chancen-Aufenthaltsgesetz ist beispielgebend, weitere Reformen  
91 müssen folgen. Mit der Novelle des Staatsangehörigkeitsgesetzes sowie dem  
92 Fachkräfteeinwanderungsgesetz gehen wir in der Bundesregierung weitere  
93 bedeutende Schritte.

94 Eine wichtige Ressource zur Entlastung der Verwaltung liegt in der Vereinfachung  
95 von Verfahren. Indem wir sie modernisieren, entbürokratisieren, digitalisieren  
96 und zwischen Bundesländern angleichen, sparen wir unnötige Arbeit ein und  
97 schaffen dadurch zusätzliche Kapazitäten. Gleichzeitig helfen wir den  
98 Schutzsuchenden: Sie bekommen schnell Gewissheit. Ein wichtiger Schlüssel dafür  
99 liegt in der Verlängerung der Geltungsdauer für Visa zur Erwerbs- und  
100 Bildungsmigration sowie der Dauer von Aufenthaltserlaubnissen. Darüber hinaus  
101 müssen die Einwanderungs- und Ausländerbehörden sowie andere  
102 Verfahrensbeteiligte, z.B. Verwaltungsgerichte, personell besser aufgestellt und  
103 mit zusätzlichen Mittel ausgestattet werden.

#### 104 **Sichere Wege für Flucht und Migration schaffen**

105 Wir wollen sichere und legale Wege zur Arbeitsmigration und Flucht stärken. Wir  
106 brauchen jetzt eine Offensive für sichere und legale Migration. Wir setzen  
107 deshalb auf partnerschaftliche Mobilitäts- und Migrationsabkommen mit Staaten  
108 außerhalb der EU, die vor allem Wege zur Bildungs- und Arbeitsmigration  
109 eröffnen. Dafür werden wir auch die gesetzlichen Grundlagen der Visavergabe  
110 modernisieren und vereinfachen. Die Visavergabeprozesse wollen wir  
111 beschleunigen. Das schafft Planbarkeit – für die Betroffenen ebenso wie für die  
112 Kommunen, ihre Behörden und die Menschen vor Ort.

113 Den Familiennachzug wollen wir stärken, vereinfachen und beschleunigen. Wir  
114 wollen die Familienzusammenführung zu subsidiär Geschützten mit den GFK-  
115 Flüchtlingen gleichstellen, den Geschwisternachzug gleichzeitig mit den Eltern  
116 und beim Ehegattennachzug den Sprachnachweis erst nach Ankunft ermöglichen.  
117 Damit tragen wir dem im Grundgesetz verankerten besonderen Schutz der Familie  
118 Rechnung und fördern durch stabile Familienverhältnisse die Integration.  
119 Gewaltbetroffene Frauen, deren Aufenthaltsstatus von dem Aufenthaltsstatus ihres  
120 Ehemanns oder Partners abhängt, sollen einen eigenständigen Aufenthaltstitel  
121 erhalten können.

122 Unserer besonderen Verantwortung gegenüber ehemaligen Ortskräften sowie  
123 besonders gefährdeten Afghan\*innen und ihren Familien werden wir durch  
124 humanitäre Aufnahme und konsequente Umsetzung des Bundesaufnahmeprogramms  
125 gerecht. Sie sind auf Grund ihrer Arbeit etwa für die Bundeswehr, internationale  
126 Organisationen oder ihres Einsatz für Menschenrechte in Gefahr. Es ist am  
127 Bundesinnenministerium dafür zu sorgen, dass die Sicherheitsinterviews nun  
128 aufgesetzt werden, damit das Bundesaufnahmeprogramm schnellstmöglich wieder  
129 aufgenommen wird.

130 Wir setzen auf eine Politik der Humanität und Ordnung. Pauschalen Rufen nach  
131 mehr Abschiebungen treten wir entgegen, diese haben nichts mit den tatsächlichen  
132 Herausforderungen bei Aufnahme, Versorgung und Integration von Schutzsuchenden  
133 zu tun. Mit tragfähigen Migrationsabkommen, die legale Wege der Zuwanderung

134 aufzeigen, soll auch die Rücknahmebereitschaft in den Herkunftsländern erhöht  
135 werden. Die Zusammenarbeit mit den Herkunftsstaaten muss partnerschaftlich und  
136 auf Augenhöhe erfolgen und darf nicht von finanzieller Unterstützung im Rahmen  
137 der Entwicklungszusammenarbeit abhängig gemacht werden. Nicht jeder Mensch, der  
138 zu uns kommt, kann bleiben. Aber jeder Mensch, der bei uns Schutz sucht, hat  
139 Anrecht auf ein rechtsstaatliches Verfahren mit individueller Prüfung. Wer nach  
140 sorgfältiger Prüfung der asyl- und aufenthaltsrechtlichen Voraussetzungen sowie  
141 nach Ausschöpfung aller Rechtsmittel kein Aufenthaltsrecht erhalten hat, muss  
142 zügig wieder ausreisen – sofern dem keine Abschiebehindernisse entgegenstehen.  
143 Für uns hat die freiwillige Rückkehr Vorrang. Eine unverhältnismäßige  
144 Verschärfung von Abschiebe- und Abschiebehäftregeln lehnen wir ab. Der  
145 fortlaufenden Unsicherheit und Perspektivlosigkeit durch Kettenduldungen stellen  
146 wir uns entgegen. Menschen, die bereits in der Gesellschaft verwurzelt sind,  
147 müssen eine Chance auf ein dauerhaftes Bleiberecht bekommen.

148 Das Konzept der sicheren Herkunftsstaaten finden wir falsch, denn es löst keine  
149 Probleme. Was hilft, ist alle Asylverfahren zu beschleunigen und die Qualität  
150 der Entscheidungen zu verbessern. Wir werden nicht mitmachen, wenn Staaten, die  
151 systematisch Menschenrechtsverletzungen begehen, als sicher eingestuft werden  
152 sollen. Die Einstufung der Maghreb-Staaten als sichere Herkunftsstaaten lehnen  
153 wir ab.

154 Den Rufen nach einer stetigen Verlängerung und Ausweitung von stationären  
155 Kontrollen an den Binnengrenzen stellen wir uns entschieden entgegen. Sie stehen  
156 dem Schengener Abkommen entgegen. Ein Europa ohne Schlagbäume ist ein  
157 wesentlicher Grundpfeiler der europäischen Idee. Wir verteidigen das  
158 Schengensystem gegen Angriffe. Binnengrenzkontrollen behindern die Freizügigkeit  
159 und verursachen enorme wirtschaftliche Schäden. Gerade für die Menschen in den  
160 Grenzregionen stellen die Kontrollen und damit verbundenen Staus und  
161 Zugverspätungen eine enorme Belastung dar, ebenso wie für die eingesetzten  
162 Polizist\*innen. Gleichzeitig sind sie völlig ungeeignet, die Zahl der  
163 Asylanträge zu reduzieren, da Schutzsuchende nicht zurückgewiesen werden dürfen.  
164 Mobile und anlassbezogene Schwerpunktkontrollen können eine Möglichkeit sein, um  
165 beispielsweise gegen Menschenhandel vorzugehen.

#### 166 **Ein starkes Europa der Menschenrechte**

167 Gemeinsam stehen wir für den Schutz von Menschenrechten, eine rechtebasierte und  
168 lösungsorientierte Flüchtlingspolitik und eine handlungsfähige Europäische  
169 Union, die sich an diesen Werten orientiert. Dafür treten wir auch bei der  
170 europäischen Gesetzgebung ein. Wir stehen zu unseren völkerrechtlichen  
171 Verpflichtungen wie der Genfer Flüchtlingskonvention, der Europäischen  
172 Menschenrechtskonvention, der UN-Kinderrechtskonvention, der UN-  
173 Behindertenrechtskonvention und dem internationalen Seerecht. Wir stellen uns  
174 entschieden Versuchen entgegen, diese historischen Errungenschaften zu  
175 beschneiden. Wir stehen für eine individuelle und inhaltliche Prüfung des Rechts  
176 auf Asyl in der EU. Die Rechte von geflüchteten Frauen, LSBTIQ\* und anderen  
177 vulnerablen Gruppen müssen gewahrt und ihre besonderen Bedarfe berücksichtigt  
178 werden.

179 Die derzeitige Lage an den europäischen Außengrenzen ist unhaltbar. Dabei kann  
180 es nicht bleiben. Deshalb waren wir im Europäischen Rat zu sehr schwierigen  
181 Verhandlungen rund um eine Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems  
182 (GEAS) bereit – in einem sehr komplexen Umfeld mit weit auseinandergehenden und

183 vielen restriktiven Positionen zwischen den verschiedenen EU-Mitgliedstaaten.  
184 Wir haben gemeinsam für eine Lösung in dieser schwierigen Situation gekämpft, um  
185 Humanität und Ordnung zu erreichen.

186 In der Einigung im Innenministerrat gibt es Verbesserungen, die ohne unseren  
187 Einsatz in den Verhandlungen nicht zustande gekommen wären, zum Beispiel, dass  
188 unbegleitete Minderjährige von den Grenzverfahren ausgeschlossen werden müssen  
189 oder die Verbesserung des Zugangs zu Rechtsberatung. Außerdem muss es weiterhin  
190 eine Verbindung zu einem sicheren Drittstaat geben, für die nach einem Jahr eine  
191 Überprüfungs Klausel verabredet wurde. Antragssteller\*innen dürfen demnach nur in  
192 einen Drittstaat überstellt werden, wenn sie beispielsweise dort bereits gelebt  
193 oder Familie haben.  
194 Erstmals soll es jetzt in der EU einen verbindlichen Solidaritätsmechanismus  
195 geben und Geflüchtete sollen verbindlicher registriert werden. Zwar ist die  
196 Aufnahme von Geflüchteten nicht verpflichtend, die Teilnahme an dem Mechanismus  
197 dagegen schon. In Zukunft sollen jedes Jahr mindestens 30.000 Geflüchtete  
198 umverteilt werden, abgesichert über sogenannte "Dublin-Offsets". Darüber hinaus  
199 werden wir weiterhin dafür eintreten, dass es eine verbindlichere Verteilung  
200 gibt. Wir treten dafür ein, dass Deutschland mit gutem Beispiel vorangeht und  
201 mindestens seinen Beitrag im Sinne des "Fair Share" leistet. Gleichzeitig konnten  
202 zentrale Punkte noch nicht erreicht werden, wie zum Beispiel eine grundsätzliche  
203 Ausnahme für Familien mit Kindern in Grenzverfahren. Trotzdem haben wir  
204 verteidigen können, dass die Freiheit von Kindern nur in sehr eng definierten  
205 Ausnahmefällen beschränkt werden darf. Zudem kommen Verschärfungen der aktuellen  
206 Rechtslage hinzu. Die Dublinfristen wurden verlängert, auch wenn der  
207 Verhandlungsstand auf Druck der Grenzstaaten und mit deutscher Unterstützung  
208 noch einmal verbessert wurde. Daneben müssen Antragsteller\*innen nach der  
209 Ablehnung in Grenzverfahren verpflichtend bis zu 12 Wochen in ein  
210 Rückführungsgrenzverfahren kommen. Obwohl verhindert werden konnte, dass  
211 Mitgliedstaaten Menschen aus Staaten mit einer hohen Anerkennungsquote pauschal  
212 in Grenzverfahren nehmen müssen, schmerzt uns die Tatsache, dass die  
213 Drittstaatenregelung ausgeweitet wurde - dadurch kann sich die Situation auch  
214 für sie verschlechtern, weil ihre Anträge als unzulässig abgelehnt werden  
215 können.

216 Es handelt sich deshalb sicher nicht um einen "historischen Erfolg", wie es etwa  
217 Bundesinnenministerin Nancy Faeser formuliert hat. Die erzielte Einigung kann  
218 zentrale Anforderungen nicht erfüllen, die wir an eine Asylpolitik der Humanität  
219 und Ordnung stellen – gerade weil sie im EU-Kontext vieler restriktiverer  
220 Mitgliedstaaten nicht durchsetzbar waren. Wir sehen das europapolitische  
221 Dilemma, denn die europäische Asylpolitik braucht maßgebliche Verbesserungen,  
222 für die es keine Mehrheiten gibt. Der Ratsbeschluss wäre ohne unseren Einsatz,  
223 gerade von grünen Regierungsmitgliedern, ein schlechterer gewesen. Doch er  
224 enthält auch substanzielle Verschärfungen, die wir aus asylpolitischer Sicht  
225 falsch finden. Wir zollen den unterschiedlichen Einschätzungen Respekt und  
226 stehen fest zusammen beim gemeinsamen Vorhaben, weiterhin mit aller Kraft für  
227 eine Verbesserung der Situation für Schutzsuchende um und in Europa zu kämpfen.  
228 Denn klar ist: Die Situation der Menschen, die in Europa Schutz suchen, muss  
229 deutlich besser werden.

230  
231 Im weiteren Verfahren im Trilog zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und  
232 der Kommission setzen wir uns daher - im Wissen um die schwierige  
233 Verhandlungssituation in Europa - für Verbesserungen ein. Unter anderem sind

234 folgende Kriterien für uns wichtig: dass Familien mit Kindern grundsätzlich  
235 nicht in Grenzverfahren kommen dürfen und Mitgliedstaaten nicht zur Durchführung  
236 von Grenzverfahren verpflichtet werden. Wir wollen ein effektives  
237 Menschenrechtsmonitoring an den Außengrenzen und eine verbindliche Verteilung in  
238 den Mitgliedsstaaten. Dafür werden wir in enger Abstimmung zwischen  
239 Europafraktion, Bundestagsfraktion, Bundespartei und Regierungsmitgliedern  
240 kämpfen. Auch das Ergebnis werden wir gemeinsam bewerten. Unsere jeweiligen  
241 Positionierungen zu den Rechtsakten werden wir davon abhängig machen, ob unter  
242 dem Strich Verbesserungen in der Europäischen Asylpolitik und auch für Europa  
243 stehen.

244 Die Rechte von Menschen zu beschneiden, die durch autoritäre Staaten  
245 instrumentalisiert werden, lehnen wir ab. Stattdessen muss es mehr europäische  
246 Solidarität in Krisensituationen geben. Dafür setzen wir uns bei den  
247 Verhandlungen zur Krisenverordnung ein. In Krisensituation wollen wir Menschen  
248 in Not helfen und nicht ihre Rechte beschränken. Die Massenzustromrichtlinie hat  
249 sich bewährt.

#### 250 **Geordnete Verfahren und europäische Solidarität verteidigen**

251 Eine faire und gesteuerte Verteilung kann nur gelingen, wenn Menschen  
252 zuverlässig bei der Einreise registriert werden. Wir müssen wissen, wer zu uns  
253 kommt. Damit wollen wir auch verhindern, dass Menschen ausgebeutet oder  
254 entrechtet werden. Eine Verteilung von Geflüchteten kann nur funktionieren, wenn  
255 sich einzelne Mitgliedstaaten nicht einfach entziehen können. Dazu gehört auch,  
256 dass Verfahren fair und zügig durchgeführt, menschenrechtskonforme  
257 Lebensbedingungen sichergestellt und Weiterreisen ohne vorherige Registrierung  
258 in andere europäische Länder vorgebeugt wird. Alle Mitgliedsstaaten müssen ihren  
259 fairen Beitrag leisten. Geld- und Sachleistungen an Drittstaaten sind dabei  
260 keine Kompensation. Mitgliedstaaten, die in besonderem Maße Geflüchtete  
261 aufnehmen, müssen gestärkt und finanziell entlastet werden. Sie müssen aber auch  
262 für ihre Verantwortung in die Pflicht genommen werden. Die Finanzierung der  
263 libyschen Küstenwache, die sich an Menschenrechtsverstößen und an Schlepperei  
264 beteiligt, muss ein Ende finden.

265 Das Konzept der sicheren Drittstaaten finden wir weiterhin falsch. Bestrebungen  
266 die Kriterien für die Einstufung sicherer Drittstaaten aufzuweichen, treten wir  
267 entgegen. Asylanträge von Menschen, die über einen Drittstaat in die EU  
268 einreisen, dürfen nicht einfach als unzulässig abgelehnt oder die Betroffenen  
269 einfach zurückgeführt werden – gerade wenn sie keine klare Verbindung, etwa  
270 berufliche oder familiäre Bezüge, zu diesem Land haben und nicht sichergestellt  
271 werden kann, dass sie dort entsprechend der Standards der Genfer  
272 Flüchtlingskonvention in Sicherheit sind. Die Verankerung eines starken  
273 Verbindungselements ist daher von großer Bedeutung. Die rechtliche Ausgestaltung  
274 muss so erfolgen, dass die Regelung auch in der Praxis wirksam und justizabel  
275 ist. Das Asylrecht beruht auf der Einzelfallprüfung, das völker- und  
276 europarechtlich verbrieftete Nichtzurückweisungsgebot gilt immer und überall.

#### 277 **Das Leid an den Außengrenzen beenden, Seenotrettung sichern**

278 Die aktuelle Situation an den Außengrenzen ist nicht akzeptabel. Unser Ziel ist  
279 es daher, das Leid schnellstmöglich zu beenden. Wir nehmen nicht hin, dass  
280 Menschen und sogar Kinder unter menschenunwürdigen Bedingungen in Lagern  
281 verharren und keinen Zugang zu rechtsstaatlichen Verfahren haben. Die Versorgung  
282 mit medizinischen Gütern, psychologischer Betreuung und Lebensmitteln sowie der

283 Zugang zu Sozial- und Rechtsberatung und Bildungseinrichtungen müssen stets  
284 sichergestellt sein. Hilfs- und Menschenrechtsorganisationen benötigen jederzeit  
285 Zugang zu den Geflüchteten und den Grenzregionen. Der illegalen Praxis von  
286 Pushbacks muss entschieden begegnet werden. Wir fordern die Europäische  
287 Kommission auf, gegenüber Mitgliedstaaten einzuschreiten, die diese  
288 rechtswidrige Praxis anwenden. Gleichzeitig muss ein wirksames, unabhängiges  
289 Menschenrechtsmonitoring dazu beitragen, dass rechtsfreie Räume an den Grenzen  
290 in Europa der Vergangenheit angehören. Die umfassende parlamentarische Kontrolle  
291 der EU-Agenturen und der Finanzierungsinstrumente für die externe  
292 Migrationspolitik müssen sichergestellt sein.

293 Wir wollen die europäische Seenotrettung stärken und das Sterben im Mittelmeer  
294 beenden. Jedes Jahr sterben Tausende Menschen beim Versuch, das Mittelmeer zu  
295 überqueren. Dieser Zustand ist nicht hinnehmbar. Seenotrettung ist eine  
296 völkerrechtliche Pflicht. Wir treten weiter für eine zivile, flächendeckende und  
297 europäische Seenotrettung ein. Es braucht endlich eine europäische Initiative  
298 für eine staatlich koordinierte Seenotrettung. Die europäischen Staaten sind  
299 gemeinsam dafür verantwortlich, dass zivile Seenotrettungsorganisationen  
300 gefahrlos ihre Einsätze absolvieren können und dabei unterstützt werden. Durch  
301 die Behinderung ihrer Arbeit, lange Fahrtwege und Spendeneinbrüche stehen die  
302 Seenotrettungsorganisationen auch finanziell unter Druck. Deswegen treten wir –  
303 neben unserem Einsatz für die Organisation einer staatlich organisierten  
304 Seenotrettung – für die Verbesserung der staatlichen, unter anderem  
305 finanziellen, Unterstützung ziviler Organisationen ein. Wir wollen verhindern,  
306 dass gemeinnützige Hilfsorganisationen aufgrund von finanziellen Engpässen nicht  
307 retten können, während täglich mehr Menschen ertrinken.

308 Rettungsschiffe müssen die Gelegenheit haben, den nächstgelegenen sicheren Hafen  
309 anzulaufen, damit die Menschen an Land gehen und versorgt werden können. Ein  
310 Auslaufen von Rettungsschiffen darf nicht behindert und Seenotrettung nicht  
311 kriminalisiert werden. Die von Seenotrettungsschiffen aufgenommenen Menschen  
312 müssen die Möglichkeit auf eine inhaltliche Überprüfung ihres Schutzanliegens  
313 haben.

#### 314 **Fluchtursachen bekämpfen**

315 Kernaufgabe bleibt es, die Ursachen für Flucht und Vertreibung anzugehen. Wir  
316 verfolgen eine Außenpolitik, die Diplomatie und Prävention von Konflikten in den  
317 Mittelpunkt stellt. Wir orientieren uns an den Bedürfnissen von Menschen, die  
318 wegen Konflikten oder Verfolgung ihre Heimat verlassen müssen. Die meisten von  
319 ihnen suchen Schutz in ihrem eigenen Land oder in Nachbarstaaten. Hier muss  
320 Europa handeln. Eine effektive und gut ausgestattete humanitäre Hilfe,  
321 Krisenprävention und Stabilisierung sind ebenso ein Schlüsselfaktor wie  
322 Entwicklungszusammenarbeit und die geregelte Aufnahme Geflüchteter. So können  
323 wir verhindern, dass Menschen sich auf gefährliche Fluchtrouten und in die Hände  
324 von Menschenschmugglern begeben müssen.

325 Eine nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit kann einen Beitrag dazu leisten,  
326 Gesellschaften zu stabilisieren und Menschen eine wirtschaftliche und soziale  
327 Perspektive in ihrer Heimat zu geben. Sie an die Kooperation bei  
328 Migrationsfragen zu knüpfen, wie es Markus Söder fordert, schafft eher  
329 Fluchtgründe. Wir lehnen dies ab.

## Begründung

An den Antrag V-01 wurden durch den Bundesvorstand, aufgrund der neuen Entwicklungen zur GEAS-Reform Änderungsanträge gestellt und übernommen. Damit die Lesbarkeit des Antrages erhalten bleibt, wurde der Antragstext ab Zeile 145 geändert und teilweise umgestellt. Der so modifizierte Antrag des Bundesvorstandes wurde als dieser Antrag V-01-NEU hochgeladen.